

Vorstand

Liebe Leserinnen und Leser,

aus traurigem Anlass haben wir die erste Seite des BBU-Juni-Newsletter Christa Reetz gewidmet. Wer sie gekannt hat, wird unsere Entscheidung verstehen, wer sie nicht kannte, vermag sich auf dieser Seite ein kleines Bild von ihrem Wirken zu machen.

Die BBU-Newsletter-Redaktion

Wir trauern um Christa

In der Nacht zum 21.06.2009 ist Christa Reetz im Alter von 86 Jahren plötzlich und unerwartet gestorben. Christa war ein Urgestein des bundesweiten Widerstandes gegen Atomanlagen und Umweltzerstörung. Ihr Namen ist eng verbunden mit dem erfolgreichen Widerstand gegen das AKW Wyhl.

Christa war von 1985 bis 1995 Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstandes. Bis zuletzt hat sie aktiv den BBU mit Informationsständen bei Kirchentagen und Umweltmessen vertreten. Noch beim diesjährigen evangelischen Kirchentag in Bremen vor einem Monat konnte sie am BBU-Informationsstand jüngere und ältere Menschen von der Notwendigkeit des Umweltschutzes überzeugen. Auch vor Ort, in Offenburg, war Christa eine unermüdliche Aktivistin für den Umweltschutz und gehörte der Bürgerinitiative Umweltschutz Offenbach an.

Christa fehlt uns. Gleichzeitig wird uns die Erinnerung an sie und an ihr Engagement Kraft und Mut für die weitere Arbeit zum Schutz der Umwelt spenden.

Der Vorstand und BBU-Geschäftsstelle

**Christa Reetz zum Gedenken**

Den Lauf der Dinge
könne der Mensch nicht aufhalten,
sagen die Lenker der Geschicke.
Die hohen Berge
sind von niemanden versetzbar,
behaupten alle Statthalter gern.
Die einzelne Tat
sei nur ein kleiner Fliegenschiss,
entmutigen die Strippenzieher.

Doch Du hattest entschieden,
dass Du kein Treibgut sein willst,
hast Deinen eigenen Weg gebahnt.
Du wähltest die Höhe,
des Berges, der den Blick freigibt,
in eine lebenswerte Zukunft.
Du handeltest trotzdem,
denn Du konntest Berge versetzen,
mit all den Vielen um Dich herum.

Denn Geschichte wird
geschrieben jede Sekunde,
Millionen schreiben daran mit.
Deine klugen Zeilen
finden wir auf mancher Seite,
die bewegten manches und manche.

Auch wenn die Tinte
auf der letzten Seite
nun trocknen wird,
Deine Geschichte geschrieben ist,
bleibst Du erlesen
in unserer dankbaren Erinnerung.

Wolfgang Guhle Hamburg, den 23. Juni 2009

Atomenergie

Mein Anti-Atom-Trecker nach Berlin – Patenschaften gesucht

„Die vier großen Stromkonzerne wollen nach der Bundestagswahl den Weiterbetrieb der gefährlichen und unfallträchtigen Atomkraftwerke durchsetzen. Gorleben soll trotz bekannter Sicherheitsrisiken als Standort für die Lagerung des hochradioaktiven Mülls genehmigt werden. **Wir wollen raus aus der Atomkraft! Höchste Zeit auf die Straße zu gehen.**“ schreibt die Bäuerliche Notgemeinschaft in ihrem Flyer zum Anti-Atom-Treck nach Berlin. Am 30. August starten ihre Trecker im Wendland und gehen über das Atommülllager Asse und Schacht Konrad auf den langen Weg zur bundesweiten Anti-AKW-Demonstration am 05. September nach Berlin.

Für die demonstrierenden Bauern entstehen nicht nur erhebliche Spritkosten. Da nicht alle Trecker für solche Strecken zugelassen oder technisch geeignet sind, müssen auch Tieflader Trecker transportieren. Deshalb hat die Bäuerliche Notgemeinschaft einen Unterstützungsfond eingerichtet und bittet um die Übernahme von Trecker-Partnerschaften. Dafür wird der gesponserte Trecker mit der Fahne, dem Logo oder den Namen der jeweiligen Sponsoren ausgestattet. Nach der Demo am 5.09. erhalten die Sponsoren eine Urkunde mit dem Foto „Ihres“ Treckers und mit ihrem Namen. Eine Patenschaft kostet 300 Euro. Es können sich aber auch mehrere Paten mit kleineren Beträgen zu einer Patengemeinschaft von 300 Euro zusammenschließen.

Wer einen Trecker allein oder mit mehreren sponsern kann, wende sich direkt an die Bäuerliche Notgemeinschaft: www.baeuerliche-notgemeinschaft.de. Mitglieder aus BBU und Umfeld können sich auch an die BBU-Geschäftsstelle wenden: www.bbu-online.de. Diese stellt die Partnerschaften (auch aus kleineren Beträgen stammend) nach Absprache mit den Sponsoren zusammen und leitet sie weiter.

Wolfgang Guhle

Mal richtig abschalten!

(U.B.) Die BI Umweltschutz Lüchow Dannenberg führt vom 5. Juli bis 3. August mit einem Bus eine bundesweite Anti-Atomkraft-Infotour durch. Es handelt sich um eine Info- und Mobilisierungstour für den Anti-Atomkraft-Treck nach Berlin (29.8.-5.9) und für die bundesweite Demo unter dem Motto „Mal richtig abschalten!“ am 5. September in Berlin, zu der auch der BBU aufruft.

Die BI appelliert: „Macht mit, fährt mit, informiert eure Freunde im Rest der Republik, winkt am Straßenrand, seid dabei, wenn wir unsere befreundeten Initiativen besuchen und auch, wenn wir der Atomlobby aufs Dach steigen: Wir planen Ausstellungen, Infos und Pressekonferenzen, ein Kulturprogramm und – unser „Endlagersuchgerät“ zu präsentieren! Um dieses Großprojekt eindrucksvoll realisieren zu können, werden – wie könnte es anders sein – auf allen Ebenen noch Hand- & Kopf- & Kulturschaffende in Planung und Durchführung gesucht. Auch sind Patenschaften für die Busplätze erwünscht. Teilstrecken –zum Sponsern und zum Mitfahren- sind natürlich auch möglich.“ Weitere Infos und den konkreten Streckenverlauf gibt es im Internet unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de/chronologisch/aktuell/mit-der-bi-ontour>. Kontakt per E-Mail kann über bustour@bi-luechow-dannenberg.de erfolgen.

Aktionstage gegen Atomkraft

(U.B.) Mit einer Blockade des AKW Krümmel am 3.7. sollen bundesweit Aktionstage gegen Atomanlagen gestartet werden.

Sie finden bis zum 12.7. statt. Mit ihnen soll ein Zeichen gegen Atomanlagen, Endlagerfestlegung auf Gorleben, Atomtransporte, Urandrehkreuze in deutschen Häfen und für den sofortigen Ausbau der Erneuerbaren Energien und für eine lebenswerte Zukunft gesetzt werden. Auf www.contra-tom.de/protestwoche gibt es eine "Widerstandskarte", dort kann man Aktionen eintragen lassen.

Atomenergie / Chemie

Demo gegen AKW Neckarwestheim

Am 4. Juli 2009 findet in Neckarwestheim eine Kundgebung gegen Atomenergie statt. Es ruft ein breites Bündnis auf. Infos: <http://www.endlich-abschalten.de>

Uranabbau? Nein Danke!

(U.B.) Atomanlagen liegen oft idyllisch im Grünen oder an Flussläufen, und Radioaktivität sieht man nicht. Doch AKW und andere Anlagen der Atomindustrie arbeiten mit strahlenden Rohstoffen. Hauptsächlich wird Uran benötigt. Über die Folgen des Uranabbaus schweigt die Atomindustrie aber gerne. In der Bundesrepublik wird Uranabbau nicht mehr betrieben und so wird unter großem Energieaufwand Uran in anderen Ländern für den Betrieb der deutschen Atomanlagen abgebaut. Wer sich noch nicht intensiv mit dem Thema befasst hat, erhält erste Informationen z. B. unter <http://linkszeitung.de/content/view/166025/45>.

Wer sich intensiver mit dem Thema befassen möchte, und in Uranabbau-Angelegenheiten auf dem Laufenden sein will, erhält ständig unter <http://www.wise-uranium.org> aktuelle Informationen zu thematischen Komplexen wie Uranabbau, Strahlung, Unternehmenspolitik im Bereich des Uranabbaus, Urananreicherung usw. Fast täglich gibt es dort Neuigkeiten unter <http://www.wise-uranium.org/new.html>. Die Infos sind englischsprachig, man muss aber nicht SprachkundlerIn zu sein, um alle Infos zu verstehen. Oft ist es auch schon hilfreich, gelegentlich auf den Seiten nach Neuigkeiten zu suchen, da man oft erstaunliche Neuigkeiten über deutsche Unternehmen finden kann. Wer gerne Einsprüche schreibt, findet auf der Alerts-Seite immer ein paar aktuelle Anregungen: <http://www.wise-uranium.org/al.html>. Falls jemand einen Sammeleinspruch gegen aktuelle Uranprojekte schreiben möchte, können diese über den BBU verbreitet werden. Bitte ggf. in der Bonner Geschäftsstelle melden: 0228-214032.

Pipeline: Inbetriebnahme endgültig stoppen!

(H.G.) Der Umweltausschuss des Landtags NRW beschäftigte sich am 10. Juni auf Antrag der Grünen erneut mit der hochgefährlichen Kohlenmonoxid-Pipeline zwischen den BAYER-Werken Dormagen und Krefeld. Die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) forderte zu diesem Anlass einen endgültigen Stopp des Projekts.

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hatte Ende Mai entschieden, dass der Antrag der BAYER AG auf vorzeitige Inbetriebnahme der Pipeline abgelehnt wird. Hierzu Philipp Mimkes von der CBG: „Dies ist ein Erfolg für die zahlreichen Initiativen und die über 100.000 Bürger, die sich gegen den Bau der Pipeline engagieren! Es ist eine Ohrfeige für BAYER, dass das Gericht dem Unternehmen nun sogar attestiert hat, die Sicherheitslage keineswegs verbessert, sondern verschlechtert zu haben“.

Jan Pehrke, ebenfalls im Vorstand der CBG, ergänzt: „Wir bleiben bei unserer grundsätzlichen Ablehnung des Projekts. Das bisher geltende Prinzip, wonach Gefahrstoffe wie Kohlenmonoxid nur am Ort ihrer Verwendung produziert werden dürfen, muss dringend erhalten bleiben!“ Die CBG hatte zur jüngsten Hauptversammlung des Konzerns einen Gegenantrag eingereicht, in dem es heißt: „Warum baut BAYER nicht eine moderne CO-Produktionsanlage in Krefeld? Dadurch ließe sich die Gefährdung der Bevölkerung entlang der Pipeline-Trasse vollständig vermeiden.“

Das Oberverwaltungsgericht Münster hatte die Inbetriebnahme der Pipeline im Dezember 2007 bis zu einer endgültigen Entscheidung auf Eis gelegt. In dem Urteil hieß es: „Es fehlt eine vertiefte und überzeugende Darstellung der Bedeutung, die die von der Firma BMS, einem privaten Unternehmen, betriebene Rohrleitungsanlage für die Allgemeinheit habe, um den staatlichen Zugriff auf das Eigentum Dritter zu rechtfertigen.“

gekürzte Presserklärung der CBG vom 10.06.09

<http://www.cbgnetwork.org/2988.html>

CCS-Technologie

CO2-Untergrund.info

Im Widerstand gegen die CO2-Endlagerung
immer gut informiert

„CO2-Untergrund.info“ wird Mitte Juli erstmals erscheinen

(H.G.) Informationen über die Planungen der Energiekonzerne, Genehmigungen der Landesbergämtern, CCS-Gesetz, Gefahren und den erfolgreichen Widerstand gegen diese CO2-Endlagerung sind so vielfältig geworden, dass nun ein e.mail Vernetzungsnewsletter entstehen wird. Das „CO2-Untergrund.info“ soll monatlich einen Überblick zu diesem Thema zu schaffen.

Herausgegeben wird dieser Info-Dienst von Susanne Bareiß-Gülzow, die sich seit der Inbetriebnahme der 1. CCS-Pilotanlage in Deutschland intensiv mit dem Thema CO2-Endlagerung beschäftigt.

Das CO2-Untergrund.info kann unter buerer@CO2-Untergrund.info bestellt werden.

Widerstand gegen CO2-Endlagerung hat Erfolg

(H.G.) In Schleswig-Holstein ist innerhalb kurzer Zeit ein riesiger Widerstand gegen die Pläne der CO2-Endlagerung in Nordfriesland und Schleswig/Flensburg entstanden, der mit verhindert hat, dass das CCS-Gesetz wie geplant verabschiedet werden konnte.

[/http://www.shz.de/home/top-thema/article//regierung-gegen-gesetz-fuer-co2-speicherung.html](http://www.shz.de/home/top-thema/article//regierung-gegen-gesetz-fuer-co2-speicherung.html)

Wir sind beeindruckt mit welchem Engagement und Power die Bürgerinitiative gegen das CO2-Endlager innerhalb weniger Wochen so viele Menschen ansprechen konnte. Sie handelten schnell und halfen die Verabschiedung des CCS-Gesetzes zu blockieren. RWE erhielt nun keine in Form des CCS-Gesetzes rechtliche Sicherheit, den Norden des Landes zu einem gefährlichen CO2-Endlager umzufunktionieren.

<http://www.kein-co2-endlager.de>

Bürgerinitiative „CO2 Endlager Stoppen“ - Widerstand in Brandenburg

Der Stromkonzern Vattenfall plant ab 2015 in den Brandenburger Landkreisen Oder-Spree und Märkisch-Oderland die Einlagerung bzw. Endlagerung von CO2 Industrieabfall in ca. 1000 - 1200 Metern Tiefe.

Bürger der betroffenen Regionen um Beeskow und Neutrebbin gründeten eine Bürgerinitiative zur Verhinderung der Endlagerung von Millionen Tonnen CO2 Industrieabfall in den salzwasserführenden, porösen Gesteinsschichten unter Städten, Gemeinden und Naturschutzgebieten.

Am Mittwoch, den 17. Juni 2009 überreichten die CO2-Bürgerinitiativen aus Brandenburg und Schleswig Holstein symbolisch ca. 25.000 Unterschriften von Bürgern gegen die Einlagerung von CO2 in den betroffenen Gebieten an Frau Renate Künast MdB / Bündnis 90/Die Grünen.

<http://www.co2-endlager-stoppen.de>

Initiative gegen CCS auf Föhr gegründet

(H.G.) Die unterirdische Speicherung des CO2, das durch eine Pipeline vom geplanten Kraftwerk Hürth bei Köln bis hoch nach Nordfriesland transportiert werden soll, berührt durchaus nicht nur das Festland. RWE möchte gerne auch im Wattenmeer einschließlich der Insel Föhr CO2 im Untergrund endlagern. Das stößt auf der Insel auf Widerstand. So bildete sich auch hier eine Bürgerinitiative. Diese will dafür sorgen, dass der Protest gegen die Pläne der Bundesregierung weitergeht

<http://www.shz.de/lokales/der-inselbote/artikelde-tails/article/803/initiative-gegen-ccs-gegruendet.html>

Klimaschutz

BUND klagt gegen Genehmigung des Hamburger Kohlekraftwerkes Moorburg

Unverzeihliche politische Einfältigkeit oder skandalöse Abgebrühtheit? Zum Start der überraschenden schwarz-grünen Koalition in Hamburg, winkte die neue GAL-Umweltsenatorin das von Vattenfall beantragte Kohlekraftwerk Moorburg ohne große verfahrensmäßige Widerstände durch. Der Koalitionspartner GAL stellte Moorburg als ein schon vor der Koalition fast abgeschlossenes Genehmigungsverfahren dar, das rechtlich nicht mehr zu verhindern war. Aber nun ist offenkundig geworden, dass die Genehmigung von Moorburg und die Zustimmungen zur hochproblematischen Elbvertiefung Teil eines politischen Deals waren. Diese beiden, von der Hamburger Wirtschaft massiv geforderten Projekte, wurden von der „Ökopartei“ GAL eingetauscht gegen eine Schulreform und den Verzicht auf die Ansiedelung eines großen Möbelhauses.

Von der Verfeinerung der Auflagen der Umweltbehörde gegen das Kraftwerk hört man deshalb nichts mehr. Die Juristen der grünen Umweltbehörde schweigen und auch die meisten GAL-Mitglieder haben sich stillschweigend aus dem Widerstand gegen Moorburg verabschiedet, obwohl das im Wahlkampf („Kohle von Ole“) der thematische Schwerpunkt der GAL war.

Um so erfreulicher und notwendiger, dass die Hamburger Umweltschutzbewegung nicht resigniert. Anfang Juni hat der BUND Hamburg beim Oberverwaltungsgericht Hamburg nach Prüfung der Genehmigungsunterlagen Klage gegen nicht ausreichende wasserrechtliche Auflagen und gegen Nichteinhaltung von Vorgaben des Europäischen Naturschutzrechtes eingereicht. Für den Fall, dass das Oberverwaltungsgericht den Argumenten des BUND nicht unmittelbar folgt, beantragt der BUND in seiner Begründung eine möglichst schnelle Vorlage der BUND-Klage beim Europäischen Gerichtshof.

Wolfgang Guhle

Freispruch für ROBIN WOOD-Aktivisten

Die vier ROBIN WOOD-AktivistInnen, die am 14. Oktober 2008 gegen den Bau eines neuen Kohlekraftwerksblocks in Mannheim protestiert hatten, müssen keine Geldstrafe zahlen. Das hat heute das Amtsgericht Mannheim entschieden. Das Gericht hatte den Vieren nach der Aktion einen Strafbefehl wegen Hausfriedensbruchs geschickt, wonach drei von ihnen ohne mündliche Verhandlung je 450 Euro hätten zahlen müssen, der vierte sogar 900 Euro. Gegen diese strafrechtliche Verfolgung ihrer Klimaschutz-Aktion hatten sich die UmweltschützerInnen mit einem Einspruch gewehrt - und hatten damit heute Erfolg!

Die AktivistInnen waren am 14. Oktober 2008 auf einen Verladekran der GKM (Großkraftwerk Mannheim AG) im Stadtteil Neckarau geklettert und hatten dort in etwa 40 Meter Höhe ein Transparent mit der Aufschrift "Saubere Kohle ist eine dreckige Lüge" entrollt. Damit protestierten sie öffentlichkeitswirksam gegen den Plan der GKM, dort einen 911-Megawatt-Kohlekraftwerksblock zu errichten. Angesichts der dramatischen Schäden durch den Klimawandel hat sich in Mannheim – ebenso wie an vielen weiteren geplanten Standorten für neue Kohlekraftwerke in Deutschland - ein breiter Widerstand gegen das Bauvorhaben formiert. (...)

Die AktivistInnen (...) wiesen dann darauf hin, dass der erkletterte Kran frei zugänglich war. Die geladenen Zeugen widersprachen dem nicht. Somit ließ sich der Vorwurf eines Hausfriedensbruchs nicht aufrechterhalten. (...) "Wir haben uns sehr über das öffentliche Interesse an dem Prozess gefreut. Es zeigt, dass die Auseinandersetzung um das Kraftwerk die Bürgerinnen und Bürger in Mannheim weiterhin sehr bewegt. Der Kampf darum ist noch längst nicht beendet", sagt ROBIN WOOD-Aktivist Alexander Gerschner.

Aus einer Robin Wood - Pressemitteilung vom 25.6.09

Verkehr / Kiesabbau**17. BUVKO "KURZE WEGE ZU EINEM BESSEREN KLIMA"**

"Ende März trafen sich zum 17. Bundesweiten Umwelt- und Verkehrskongress (BUVKO) in Dresden etwa 250 Teilnehmende aus Wissenschaft und Verwaltung, sowie Verbänden, Parteien und Umweltinitiativen, um zu diskutieren, was eine nachhaltige Mobilität für das Klima leisten kann. Für Alle, die teilnehmen konnten und für alle Anderen, die an einem besseren Klima nicht nur im kommunalen Verkehr interessiert sind, haben wir die Ergebnisse des Kongresses in einem vierseitigen Flyer zusammengefasst.

Sie können auch gerne gedruckte Exemplare dieses populär gehaltenen Faltblattes zum Weiterreichen bei uns bestellen. Das Faltblatt ist kostenlos, wir müssen Ihnen jedoch die Versandkosten in Rechnung stellen. Ein Exemplar kostet so z.B. 1,50 ; bis zu 30 Stück 2,50 Euro. Neben dem Faltblatt finden Sie unter <http://www.buvko.de/ergebnisse/index.html> eine Übersicht über die Präsentationen fast aller Vortragenden und ein Medien-Echo."

Aus dem Newsletter von Fuss e. V. & Umkehr e.V. vom 5. Juni. Wer den Verkehrs-Newsletter direkt beziehen möchte, schicke eine Mail mit dem Betreff "Mail-Rundbrief" an info@umkehr.de oder info@fuss-ev.de. Infos: <http://www.fuss-ev.de>, <http://www.umkehr.de>.

Leserbrief zum BBU-Newsletter 5/2009

Vielen Dank für den Newsletter und den Hinweis auf die CD "Die Antwort ist Sonne und ist Wind". Vielleicht könntet Ihr auf eurer Homepage und im nächsten Newsletter noch mal angeben, wo es die gibt: siehe: www.musicline.de suche unter "martin storm". Diesen Song im Radio wünschen, und wenn es geht auch erwerben, damit das Ding mit dem Thema in die Charts kommt - das wäre vor allem ein Erfolg für die Umwelt- und Anti-Kohle-Bewegung.

Besten Gruß, Martin

Kies-Abbau

„Seit zehn Jahren wehren sich Umweltschützer und Anwohner erbittert gegen den geplanten Kiesabbau bei Zessin (Gemeinde Neuenkirchen). Doch nun scheint dieser Kampf endgültig verloren: Nach OZ-Informationen ist der Abbau durch Heidelberg Cement kaum mehr zu stoppen — jedenfalls nicht auf juristischem Wege. Und das weltweit tätige Unternehmen macht Druck: Noch vor 2011 sollen bei Zessin die Bagger rollen. (...) Über das Thema sei vor Gericht gestritten worden, es gebe ein Urteil. Das sei bindend und nicht mehr anfechtbar. (...) In der Firmenzentrale in Heidelberg werden bereits die Weichen für den Abbau gestellt (...) Die einzige Hoffnung für die Abbau-Gegner: Die Zeit ist ihr Verbündeter. Wenn Heidelberg Cement nicht bis 2011 abbaut, verfällt die Genehmigung. Genau deshalb macht die Firma jetzt auch Druck — und genau deshalb hoffen die Gegner auf ein erneutes, ganz langes Gerichtsverfahren zum Streitthema K 5.“ Aus: http://www.ostsee-zeitung.de/index_artikel_komplett.phtml?SID=dcb890165835090d9df8c407cddb7cb¶m=news&iid=2451

Impressum:

Hrsg: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn.

Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33

Email: bbu-newsletter@bbu-bonn.de,

Homepage: [www. BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)

Redaktion: Udo Buchholz (U.B.), Vorstandsmitglied;

Harald Gülzow (H.G.) Mitglied im geschäftsführenden Vorstand

Layout: BI-Servicebüro Susanne Bareiß-Gülzow

Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich.

Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden bevorzugt veröffentlicht.

Der nächste Redaktionsschluss ist der 10. Juli. 09

Damit wir möglichst viele verschiedene Beiträge unterbringen können, sollen Beiträge höchstens 1800 Zeichen lang sein.